

Hitziger Kampf um Ulsters Unterhaussitze

Von Trimbles Abschneiden hängt die weitere Befriedung ab

In Nordirland geht es bei den Unterhauswahlen nicht um Blair oder Hague, sondern um die Zukunft des Karfreitagsabkommens und um die Verteilung des politischen Gewichts innerhalb des protestantischen und des katholischen Bevölkerungsteils. Der gemässigte Unionistenchef Trimble spielt dabei mit hohem Einsatz.

pgp. London, Anfang Juni

Gerade bei Unterhauswahlen, die eigentlich eine starke Klammer zwischen den verschiedenen Teilen des Vereinigten Königreichs bilden sollten, zeigt sich, wie sehr Nordirland eine eigene Welt abseits von Grossbritannien ist. Nie haben die führenden Parteien des Westminster-Parlaments – Labour, Konservative und Liberaldemokraten – in der Ulster-Provinz Fuss zu fassen vermocht; sie haben solche Versuche längst eingestellt. Die nordirischen Parteien definieren sich, von kleineren neutralen Gruppen wie der Allianzpartei abgesehen, entlang der Konfessionsgrenze zwischen Protestanten und Katholiken und innerhalb der beiden Lager anhand ihrer Radikalität oder Kompromissbereitschaft. Auf die Regierungsbildung in London hat die Verteilung der 18 nordirischen Unterhausmandate auch bei knappem Ausgang zwischen Labour und Tories praktisch keinen Einfluss; üblicherweise stellen sich die Unionisten, die das grösste Kontingent aus Ulster stellen, in einer Vertrauensabstimmung nicht gegen die Mehrheitspartei und den Premierminister.

Prekäres politisches Gleichgewicht

Im aufgelösten Parlament verfügten die Ulster-Unionisten (UUP) über 9 Unterhaussitze, die Demokratischen Unionisten (DUP) und die Social Democratic and Labour Party (SDLP) über je 3, Sinn Fein über 2 und die United Kingdom Unionists (UKUP) über einen Sitz. Die durch das Majorzwahlrecht zugunsten der Unionisten verzerrte Verteilung zwischen Protestanten und Katholiken (12 zu 6) könnte am 7. Juni ausgeglichener ausfallen. Bedeutsamer für den nordirischen Befriedungsprozess im Rahmen des Karfreitagsabkommens ist jedoch der Ausgang der intrakonfessionellen Auseinandersetzungen. Auf das prekäre Gleichgewicht in der Belfaster Parlamentsversammlung, auf dem die überkonfessionelle Proporzexekutive basiert, hat der Ausgang der Unterhauswahlen zwar direkt keine Auswirkung. Für die Lösung der verbleibenden Streit-

fragen – Beseitigung der Waffen paramilitärischer Gruppen, Reduktion der britischen Militärpräsenz und Polizeireform – ist jedoch bedeutsam, ob Hardliner oder Gemässigte Auftrieb erhalten.

Auf protestantischer Seite zählen Pfarrer Paisleys DUP und die UKUP zum Lager der Unversöhnlichen. Der Graben zwischen Befürwortern und Gegnern des Karfreitagsabkommens geht mitten durch David Trimbles UUP. Wie sicher der Parteichef und First Minister der Regionalregierung seinen Unterhaussitz zu halten vermag und wie seine Parteigenossen verschiedener Schattierung abschneiden, wird deshalb als Omen für die Verhandlungen interpretiert, die nach den Wahlen wieder aufgenommen werden sollen. Trimble spielt mit hohem Einsatz. Er hat zu Beginn des Wahlkampfes erklärt, er werde am 1. Juli vom Amt des nordirischen Regierungschefs zurücktreten, falls bis dahin die Irisch-Republikanische Armee (IRA) nicht klare Anstalten gemacht habe, ihr Versprechen auf «endgültige und überprüfbare Aussergebrauchsetzung» ihrer Waffen in die Tat umzusetzen.

Neues Signal der IRA

Dieser riskante Schachzug hatte ein doppeltes Ziel. Erstens sollte eine offene Auseinandersetzung über die Abrüstungsfrage innerhalb der UUP während der Unterhauskampagne vermieden werden. Das scheint Trimble gelungen zu sein. Seine parteiinternen Gegner, die ihm zu grosses Entgegenkommen gegenüber den Republikanern vorwerfen, halten weitgehend still. Ein Führungskampf im Juli ist jedoch nicht ausgeschlossen. Zweitens sollte die Rücktrittsdrohung eine Reaktion der Republikaner provozieren, die am Scheitern Trimbles kein Interesse haben sollten, wenn sie ernsthaft hinter dem Befriedungsprozess stehen. Tatsächlich kam letzte Woche ein Signal von Seiten der IRA. Sie liess zum dritten Mal Waffenverstecke in der Republik Irland durch zwei ausländische Beobachter inspizieren und bekundete danach in einer Verlautbarung ihren Willen zur Lösung der Waffenfrage und

ihre Bereitschaft zum Frieden. Die internationale Abrüstungskommission für Nordirland bestätigte, die Inspektoren hätten die Waffenlager unberührt angetroffen, und meldete, seit März hätten vier Treffen mit IRA-Vertretern stattgefunden. Erwartungsgemäss erklärte Trimble zwar, einen echten Fortschritt zur Waffenbeseitigung bedeute dies nicht, doch fügte er befriedigt hinzu, die Republikaner hätten auf seinen Druck reagiert und damit sei die Richtigkeit seiner Politik erwiesen.

Die Aussichten, dass die friedenswilligen Unionisten keine Wahlabfuhr erleiden, werden nunmehr in der Belfast Presse wieder günstiger beurteilt als vor Beginn der Kampagne. Am aussagekräftigsten in dieser Hinsicht dürfte das Resultat in den Wahlkreisen Strangford und North Down sein, wo die UUP mit Befürwortern des Karfreitagsabkommens gegen starke Konkurrenz von DUP bzw. UKUP antritt. Ermutigend für Trimble ist, dass jüngere Umfragen wieder einen wachsenden Rückhalt für die Befriedungsvereinbarungen auch im protestantischen Bevölkerungsteil erkennen lassen; drei Jahre stark reduzierter Gewalttätigkeit und starken Wirtschaftsaufschwungs tun ihre Wirkung. Es wäre deshalb eine böse Überraschung, wenn zum zweiten Mal als Folge von Unterhauswahlen eine nordirische Koalitionsregierung zu Fall käme. 1974 brach das unter weniger günstigen Umständen geschlossene Sunningdale-Abkommen zusammen, nachdem Friedensgegner 11 von 12 Unionisten-Sitzen erobert hatten.

SDLP und Sinn Fein als Rivalen

Auf katholischer Seite befürworten beide Parteien, die Unterhaus-Kandidaten aufgestellt haben, das Karfreitagsabkommen. Das hindert sie jedoch nicht daran, als Rivalen aufzutreten. Der politische Arm der IRA, die republikanische Sinn Fein, hofft, ihrem Ziel näher zu kommen, der gemässigt-nationalistischen SDLP den Rang als stimmenstärkste Formation im katholischen Lager abzulaufen. Sitzverluste hat deswegen wohl keine der beiden Parteien zu gewärtigen. Ihre direkteste Auseinandersetzung spielt sich im Wahlkreis West Tyrone ab, wo auch Omagh liegt, der Schauplatz des blutigen Bombenanschlags der friedensfeindlichen «Real IRA» im August 1998. Inhaber dieses Mandats ist der UUP-Hardliner Willie Thompson, der 1997 knapp vor SDLP und Sinn Fein gewann. Seine Herausforderer sind starke Persönlichkeiten: Pat Doherty, Sinn Feins stellvertretender Vorsitzender, und Brid Rodgers, die als SDLP-Landwirtschaftsministerin in der Regionalregierung bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche eine hervorragende Figur gemacht hat. Der Parteiführer Adams und Erziehungsminister McGuinness dürften die beiden bisher von Sinn Fein gehaltenen Unterhausmandate behaupten. Ihre Sitze im Westminster-Parlament werden die Republikaner freilich auch in Zukunft nicht einnehmen können, weil sie den Eid auf die Königin verweigern.